



Deutscher Verein
für öffentliche
und private Fürsorge e.V.

aktuell

5. Juni 2018

Pressemitteilung

Aktualisierte Empfehlungen zur vertraulichen Geburt

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. greift die aktuellen Entwicklungen und die Erkenntnisse aus der Gesetzesevaluation auf und bietet Lösungsansätze für die besonderen Herausforderungen, die im Zusammenhang mit der vertraulichen Geburt entstehen.

Berlin – Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. empfiehlt unter anderem, dass die werdende Mutter ausführlich über das Verfahren und die Rechtsfolgen der vertraulichen Geburt informiert wird. Er weist außerdem auf die Unsicherheiten und unbefriedigende Rechtslage der Väter hin. Darüber hinaus sollten bereits bestehende Kontakte zwischen Jugendämtern und Adoptionsvermittlungsstellen zu den beteiligten Professionen wie beispielsweise Familiengerichte für eine verbesserte Vernetzung genutzt werden. Gesetzlichen Weiterentwicklungsbedarf sieht der Deutsche Verein insbesondere in den Fällen, in denen die schwangere Frau Leistungen nach dem SGB II bezieht. Da das Prinzip der Vertraulichkeit bei einer vertraulichen Geburt den Prinzipien der Leistungsgewährung öffentlicher Institutionen widerspricht, gibt es für die schwangeren Frauen mit Anonymitätswunsch immer wieder Konflikte mit den Jobcentern.

„Mit unseren Empfehlungen wollen wir zu einer bestmöglichen Unterstützung der Frauen und vor allem zum Schutz der Kinder beitragen“, sagt Johannes Fuchs, Präsident des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. „Positiv ist, dass sich das Thema der vertraulichen Geburt stetig weiterentwickelt, daher sollte es weiterhin wissenschaftlich begleitet werden“.

Der Deutsche Verein hat bereits im Jahr 2015 Empfehlungen zur vertraulichen Geburt verabschiedet, die auf dem in 2014 in Kraft getretenen „Gesetz zum Ausbau der Hilfen für Schwangere und zur Regelung der vertraulichen Geburt“ basieren. Die Aktualisierung baut auf der in 2017 veröffentlichten Gesetzesevaluation „Evaluation zu den Auswirkungen aller Maßnahmen und Hilfsangebote, die aufgrund des Gesetzes zum Ausbau der Hilfen für Schwangere und zur Regelung der vertraulichen Geburt ergriffen wurden“ und der Entwicklungen in der Praxis auf.

Die Empfehlungen sind abrufbar unter: https://www.deutscher-verein.de/de/uploads/empfehlungen-stellungnahmen/2018/dv-04-18_vertrauliche-geburt.pdf

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. ist das gemeinsame Forum von Kommunen und Wohlfahrtsorganisationen sowie ihrer Einrichtungen, der Bundesländer, der privatgewerblichen Anbieter sozialer Dienste und von den Vertretern der Wissenschaft für alle Bereiche der Sozialen Arbeit, der Sozialpolitik und des Sozialrechts. Er begleitet und gestaltet durch seine Expertise und Erfahrung die Entwicklungen u.a. der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik, der Sozial- und Altenhilfe, der Grundsicherungssysteme, der Pflege und Rehabilitation. Der Deutsche Verein wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.